

Hannover, den 21.08.2013

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordnete Jens Nacke und Helmut Dammann-Tamke (CDU)

Wie steht die Landesregierung zum Verhalten des in der öffentlichen Berichterstattung als „Luxus-Staatssekretär“ bezeichneten Staatssekretärs Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen)?

Der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen), ist in den letzten Wochen wegen verschiedener Vorgänge in den Blickpunkt landespolitischer Berichterstattung gerückt.

Das *Stader Tageblatt* berichtete in seiner Ausgabe vom 20. April 2013 darüber, dass der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Udo Paschedag, für die Fahrten von seinem Wohnort Hammah im Landkreis Stade in die Landeshauptstadt Hannover den VW Phaeton des vorherigen Landwirtschaftsministers Lindemann benutze.

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 26. Juli 2013, dass der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Udo Paschedag, einen Audi A8 Hybrid mit einem Benzinmotor nutze.

Die am 11. Juni 2012 in Kraft getretene Richtlinie über Dienstkraftfahrzeuge in der Landesverwaltung sieht für Staatssekretärinnen und Staatssekretäre hingegen Dienstfahrzeuge der „oberen Mittelklasse“ vor. Nach der Richtlinie sind die Modelle VW Phaeton und Audi A8 nicht dem Segment „obere Mittelklasse“, sondern dem Segment „Oberklasse“ zugeordnet.

Bild Hannover berichtete in ihrer Ausgabe vom 7. August 2013 unter dem Titel „Grüner Staatssekretär lässt sich Klimaanlage einbauen“, dass sich Staatssekretär Udo Paschedag in seinem Büro im Landwirtschaftsministerium eine Klimaanlage habe einbauen lassen. In dem Artikel wurde ein Ministeriumssprecher mit der Aussage zitiert, die Kosten für die Klimaanlage trage Herr Paschedag selber. Dies sei bereits auf den Weg gebracht worden.

Die *Braunschweiger Zeitung* vom 12. August 2013 („Staatssekretär Paschedag gönnt sich was“) berichtete, dass der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium entsprechend der Besoldungsgruppe B 10 besoldet wird. Nach § 2 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes i. V. m. Anlage 1 werden Staatssekretäre in Niedersachsen jedoch nach der Besoldungsgruppe B 9 besoldet, wenn sie nicht zugleich Leiter der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung sind, was auf den Staatssekretär Paschedag nicht zutrifft. Unter der Annahme, dass Staatssekretär Paschedag keine Amtszulage für Staatssekretäre zusätzlich erhält, beträgt die Differenz der Besoldung nach B 9 mit Amtszulage und der Besoldung nach B 10 monatlich 958,62 Euro.

Vor seiner Amtszeit als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium war er bereits seit dem 16. Juli 2010 Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz von Nordrhein-Westfalen. Im *rundblick* vom 9. August 2013 war zur Begründung der höheren Besoldung von Staatssekretär Paschedag zu lesen, dass diese mit „dienstlichen Gründen“ wegen seines Wechsels aus Nordrhein-Westfalen, wo er nach B 10 besoldet worden sei, zu erklären sei.

Im *Stader Tageblatt* vom 27. Juli 2013 wurde Staatssekretär Paschedag in einem Interview gefragt, warum er nach Niedersachsen zurückgekommen sei und er den Staatssekretärsposten in Nordrhein-Westfalen aufgegeben habe. Er antwortet hierauf laut *Stader Tageblatt*.

„Der Landkreis Stade ist immer unser Rückzugsraum geblieben. Wir leben seit 30 Jahren in Hammah, das hier ist unser Lebenszentrum. Hier sind unsere Freunde, unser soziales Netzwerk. Auch in meiner Zeit in Berlin bin ich so oft wie möglich hin- und hergefahren. Man kann sich nicht ständig verpflanzen. Als Staatssekretär ist man in der Regel 14 bis 16 Stunden im Dienst, da bleibt nicht mehr viel Zeit. Wenn man dann noch ständig die Entfernung zwischen Düsseldorf und Hammah überwinden muss, bleibt vieles auf der Strecke. Meine Frau und ich haben es mit zwei Wohnsitzen probiert. Das führt aber dazu, dass man nirgendwo richtig zu Hause ist. Als die Anfrage aus Hannover von Christian Meyer kam, war das eine Chance, das zu ändern.“

Auf die Frage, ob das eine schwere Entscheidung gewesen sei, antwortet er: „So etwas entscheidet man nicht schnell. Es gibt auch ein weinendes Auge. Ich hatte in Düsseldorf einen guten Job. In Düsseldorf gehörte zu meinem Bereich u. a. auch die Energiepolitik. Das war in meiner Zeit im Bundesumweltministerium mein beruflicher Schwerpunkt. In Niedersachsen habe ich diesen Bereich lediglich noch über die Biogas-Produktion.“

Als mögliche Ermächtigung für eine höhere Besoldung des Staatssekretärs Paschedag kommt eine sogenannte Ausgleichszulage (§ 13 BBesG in der Fassung vom 31. August 2013 i. V. m. § 2 Abs. 2 NBesG) infrage. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Dienstbezüge eines Beamten aufgrund einer Versetzung in ein geringer besoldetes Amt verringern. Ein Runderlass des Finanzministeriums vom 13. November 2008 regelt, dass eine Ausgleichszahlung dann ausscheidet, wenn ausschließlich oder überwiegend persönliche Gründe, wie etwa der Wunsch des Beamten nach einer Beschäftigung in einer anderen Region oder zur Familienzusammenführung, die Versetzung begründen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Nutzung der Dienstwagen VW Phaeton und Audi A8 durch Staatssekretär Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen)?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung den Einbau einer Klimaanlage in das Dienstzimmer von Staatssekretär Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen)?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Besoldung von Staatssekretär Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen) analog der Besoldungsgruppe B 10?
2. Abgeordnete Claus Peter Poppe, Stefan Politze, Uwe Santjer, Uwe Strümpel, Christoph Bratmann, Doris Schröder-Köpf und Michael Höntsch (SPD)

„Zukunftsoffensive Bildung“

Am 4. Juli 2013 hat Kultusministerin Heiligenstadt die Maßnahmen der „Zukunftsoffensive Bildung“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dieser Initiative plant die Landesregierung nach eigener Auskunft, 420 Millionen Euro in frühkindliche Bildung, bessere Ausstattung von Ganztagschulen und Qualitätsverbesserungen im Bildungsbereich zu investieren. Ziel dieser Maßnahmen sollen eine Verstärkung der hohen Priorität für Bildung in Niedersachsen sein, eine neue Akzentsetzung sowie ein Umsteuern im Bildungsbereich.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung in der frühkindlichen Bildung?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung beim Ausbau der Ganztagschulen?
3. Welche Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung plant die Landesregierung im Bildungsbereich?

3. Abgeordnete Elke Twesten (GRÜNE) und Dr. Thela Wernstedt (SPD)

Prostitution: Wohin mit den Love-Mobilen in Niedersachsen?

Der Anblick ist weder neu noch ungewöhnlich: Sogenannte Love-Mobile gehören mittlerweile an fast jedem Parkplatz in Autobahnnähe zum Straßenbild. Für viele sind sie Stein des Anstoßes und werden „mit Sorge“ um den Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes betrachtet.

Probleme gibt es allerdings in den seltensten Fällen. Prostituierte und ihre Kunden sind in der Regel polizeilich unauffällig (*Süddeutsche Zeitung* vom 17. Juli 2013 „Lust auf vier Rädern“). Jüngsten regionalen Zeitungsberichten zufolge (*Kreiszeitung-Buxtehuder Wochenblatt* vom 10. Juli 2013 „Love Mobile: CDU will Verbot“) sind sie jedoch insbesondere im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg ein Problem.

Es ist unstrittig, dass Kriminalität im Umfeld von Prostitution mit all ihren menschenrechtswidrigen Ausformungen wie Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexuellem Missbrauch Minderjähriger mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden muss.

Weil laut CDU-Pressemitteilung vom 8. Juli 2013 die Anzahl der Love-Mobile wächst und sich die Probleme verschärfen, wurde jüngst auch die Forderung nach einer Sperrgebietsverordnung im Gebiet der Polizeidirektion Lüneburg laut.

Presseverlautbarungen der CDU zufolge sollen die Bedingungen für die Prostituierten verbessert und die Frauen vor Übergriffen und Gewalt geschützt werden. Fachverbände wie die Beratungsstelle für Prostituierte Phoenix aus Hannover sehen jedoch einen Widerspruch darin, die Frauen in immer entlegene Gebiete zu verweisen und sie gleichzeitig schützen zu wollen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Anzahl der sogenannten Love-Mobile seit 2004 niedersachsenweit und insbesondere im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg zugenommen?
 2. Wie viele kriminelle Übergriffe auf Love-Mobile hat es seit 2004 in Nord- und in Südniedersachsen gegeben?
 3. Welche konkreten Beschwerden liegen in Bezug auf die Ausübung dieses legalen Gewerbes außerhalb und innerhalb von Sperrgebieten vor?
4. Abgeordnete Christian Grascha, Christian Dürr, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Hermann Grupe (FDP)

Wie bewertet die Landesregierung das Verhalten des in der öffentlichen Berichterstattung als „Luxus-Staatssekretär“ bezeichneten grünen Staatssekretärs Udo Paschedag?

Laut verschiedenen Medienberichten erhält der Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) zu seinem Grundgehalt B 9 (9 584,94 Euro/Monat) eine Ausgleichszahlung zum Ausgleich der Differenz zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 10 (11 286,00 Euro/Monat). Das Ministerium hat die Zahlung der Ausgleichszahlung zwischenzeitlich bestätigt und auch in einer Erläuterung in der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 14. August 2013 erneut bestätigt. Grund dieser Zahlung sei der dienstliche Anlass, aus dem der Staatssekretär von Nordrhein-Westfalen nach Niedersachsen gewechselt sei. Hinsichtlich der Frage der dienstlichen Begründung wurde ausgeführt, dass per Kabinettsbeschluss der Landesregierung ein Versetzungsantrag an NRW gestellt worden sei und aufgrund dieses Antrags die Versetzung des Staatssekretärs erfolgt sei. Wann der Beschluss des Kabinetts gefasst worden sei, konnte jedoch im Ausschuss nicht beantwortet werden.

Außerdem wurde u. a. in einem Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 8. August 2013 über den Einbau einer Klimaanlage in das Büro des Staatssekretärs im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herrn Udo Paschedag, berichtet.

Außerdem stellt die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 26. Juli 2013 dar, dass Staatssekretär Udo Paschedag einen Audi A8 nutze, obwohl dies der Dienstwagenrichtlinie der Landesregierung widersprechen würde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Besoldung B 10 des grünen Staatssekretärs Udo Paschedag?
 2. Wie bewertet die Landesregierung den Einbau einer Klimaanlage in das Büro des grünen Staatssekretärs Udo Paschedag?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die beabsichtigte Nutzung eines A8 als Dienstfahrzeug durch den grünen Staatssekretär Udo Paschedag?
5. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Kai Seefried, Axel Miesner und Karsten Heineking (CDU)

Ob Kraftwerksneubau, Tourismusfördermittel oder Verkehrspolitik - Ist die rot-grüne Landesregierung arbeitsfähig?

Unter der Überschrift „Koalitionskrach um Kraftwerk“ berichtete das *Hamburger Abendblatt* am 2. August 2013 über Differenzen innerhalb der rot-grünen Niedersächsischen Landesregierung um den Neubau eines kombinierten Kohle- und Gaskraftwerks in Stade. Ausweislich eines Zeitungsberichts im Stader *Wochenblatt* vom 31. Juli 2013 sprach sich Wirtschaftsminister Olaf Lies bei seinem Antrittsbesuch in Stade nicht nur für den Bau und Weiterbau der Autobahn A 26 und A 20 mit fester Elbquerung bei Drochtersen aus, sondern führte zum geplanten Bau eines Kohle- und Gaskraftwerks am Standort Stade aus: „Ich gehe fest von einem Bau des Kraftwerks an diesem Standort aus.“ Dieser Aussage wurde vonseiten des SPD-Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen widersprochen. Sowohl der Ortsverband der Grünen in Stade als auch der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen distanzieren sich in Pressemitteilungen vom 31. Juli 2013 von den Aussagen von Wirtschaftsminister Olaf Lies und sprachen sich gegen den Neubau eines Kohlekraftwerks am Standort Stade aus.

Auch im Bereich der Tourismusförderung offenbaren sich Konflikte innerhalb der Landesregierung. Nach einem Bericht im *Weser-Kurier* vom 29. Juli 2013 findet der beabsichtigte Ausbau des Skigebiets am Wurmberg bei Braunlage, der insgesamt rund 8 Millionen Euro kosten soll, Zuspruch im Wirtschaftsministerium, während das Umweltministerium unter Führung von Minister Stefan Wenzel kritisch zum genannten Projekt steht.

Auch im Rahmen verkehrspolitischer Ziele besteht Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Während sich Wirtschaftsminister Olaf Lies und Ministerpräsident Stephan Weil mehrfach für den Neubau von Autobahnen aussprachen, erklären Vertreter der Grünen-Landtagsfraktion nach der Einschätzung „Menschen fahren häufiger Auto, wenn das Straßennetz ausgebaut wird“ (Susanne Menge, MdL Bündnis 90/Die Grünen am 21. Juni 2013 im Landtag) ihre Ablehnung gegenüber Neubauprojekten im Straßenbau. Das Agieren der Grünen auf Regierungsebene wird von Bürgerinitiativen in Niedersachsen kritisch bewertet. So wird ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Besseres Verkehrskonzept“ aus Wallenhorst in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* am 3. August 2013 mit den Worten zitiert: „Was sie jetzt machen, ist einfach nicht ehrlich.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung vor dem Hintergrund ablehnender Stellungnahmen aus Gliederungen der Partei Bündnis 90/Die Grünen an der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Genehmigungspraxis konventioneller fossiler Kraftwerke in Bezug auf den Wirkungsgrad festhalten und damit den in Stade geplanten Bau eines kombinierten Kohle- und Gaskraftwerkes unterstützen?
2. Wird die Landesregierung den Ausbau des Skigebiets am Wurmberg finanziell unterstützen, wenn ja, in welcher Höhe?
3. Teilt die Landesregierung die Positionen der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, wonach der Bau von Autobahnen „keine positiven wirtschaftlichen Effekte“ bringen würde (*Landeszeitung*, 8. Juni 2013)?

6. Abgeordnete Uwe Schwarz, Holger Ansmann, Marco Brunotte, Immacolata Glosemeyer, Christos Pantazis, Andrea Schröder-Ehlers, Doris Schröder-Köpf und Dr. Thela Wernstedt (SPD)

Wie geht es weiter in Lohne?

Unter Verweis auf die Kleine Anfrage zur Mündlichen Beantwortung vom 12. Juni 2013 „Zukunft der geschlossenen intensivpädagogischen Wohngruppe in Lohne“ fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse haben die Gespräche zur Umwandlung der geschlossenen intensivtherapeutischen Wohngruppe in eine offene Einrichtung bislang ergeben?
 2. Hat die Landesregierung dem Anliegen des Caritas-Sozialwerks St. Elisabeth auf Erlass der Überzahlung in Höhe von 54 348,84 Euro gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 3 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung stattgegeben?
 3. Wie wird die Beschulung der Kinder sichergestellt, und welche Kosten fallen hierfür beim Land Niedersachsen an?
7. Abgeordnete Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Was versteht die Landesregierung unter einem Mittragen von Kabinettsbeschlüssen?

Die Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage „Wie nah ist die A 39 trotz Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan durch die rot-grüne Landesregierung an der ‚Abbruchkante‘?“ von MdL Jörg Bode, Drs. 17/434, bescheinigt die große Bedeutung, die die A 39 für Norddeutschland hat. Gemäß den Ausführungen der Landesregierung ist der Neubau der A 39 ein wichtiges Infrastrukturvorhaben mit großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung für Norddeutschland, mit positiven verkehrlichen Auswirkungen sowohl in der Verbindung zwischen Süd- und Osteuropa mit Skandinavien als auch für die Hafenhinterlandanbindungen, und zu guter Letzt werden die Standortqualitäten in der benachteiligten Region zwischen Lüneburg und Wolfsburg verbessert. Die Landesregierung hat ebenfalls in der Antwort die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme bescheinigt und klargestellt, dass Minister Stefan Wenzel die Beschlüsse zur A 39 uneingeschränkt mitträgt. Allerdings stehen die Ausführungen von Minister Stefan Wenzel während des 4. AZ-Pressetreff in Uelzen (<http://www.az-online.de/lokales/landkreis-uelzen/uelzen/abwaegen-zwischen-a39-internet-3060615.html>) der Antwort der Landesregierung entgegen. In der Öffentlichkeit scheint Minister Wenzel, obwohl er die vielen positiven wirtschaftlichen und verkehrlichen Effekte eines Neubaus der A 39 kennt, vom Neubau abzurücken. Minister Wenzel bringt eine Abwägung zwischen dem Neubau der A 39 und dem Ausbau von Internetverbindungen ins Spiel. Die verlangsamte Fortführung der Planungen zum Neubau der A 39 sei ein Kompromiss der Regierungskoalition.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was versteht die Landesregierung unter einem uneingeschränkten Mittragen von Kabinettsbeschlüssen?
 2. Muss die Landesregierung die Antwort in der Drs. 17/434 vom 13. August 2013 nach den öffentlichen Ausführungen von Minister Stefan Wenzel zur A 39 am 15. August 2013 während des 4. AZ-Pressetreffs in Uelzen anpassen?
 3. Wird sich die Landesregierung unmissverständlich, geschlossen und uneingeschränkt zum Neubau der A 39 bekennen, gegebenenfalls wann?
8. Abgeordnete Martin Bäumer und Christian Calderone (CDU)

Stellt die Landesregierung die Naturparkförderung ein?

Dem Vernehmen nach denkt das Umweltministerium zurzeit über eine Änderung in der Naturparkförderung nach. So soll das Förderprogramm „Natur erleben“, von dem bei einer Förderquote von 80 % die Naturparke in Niedersachsen profitiert haben, zur Disposition gestellt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Pläne hat die Landesregierung zur Änderung der Naturparkförderung?
 2. Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer Reduzierung von Förderprogrammen wie „Natur erleben“ und anderen Förderinstrumenten in diesem Bereich?
 3. Mit welcher konkreten Unterstützung durch die Landesregierung können die Naturparke in Niedersachsen zukünftig rechnen?
9. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Frank Oesterhelweg, Karin Bertholdes-Sandrock, Martin Bäumer, Karl-Heinz Bley, André Bock, Christian Calderone, Dr. Hans Joachim Deneke-Jöhrens, Clemens Große Macke, Gerda Hövel, Ingrid Klopp, Editha Lorberg, Gudrun Pieper, Heiner Schönecke und Annette Schwarz (CDU)

Welche Linie verfolgt die Landesregierung bei der Kartellbekämpfung und beim Verbraucherschutz?

In der Pressemitteilung 053 vom 17. Mai 2013 wird Minister Meyer mit folgenden Worten zum Thema Kartoffelkartell zitiert: „Es kann nicht sein, dass Unternehmen im großen Stil unrechtmäßig Gewinne einfahren und die Verbraucher auch nach dem Auffliegen des Kartells leer ausgehen.“ In einem Interview mit der *Land & Forst* vom 7. Mai 2013 fordert Minister Meyer hingegen die Bündelung von Marktmacht im Milchbereich. Er sagt dazu Folgendes: „Wenn es um die Marktmacht der Erzeuger geht, sollte sich die Politik nicht in den Weg stellen und vorschreiben, wie viel höchstens gebündelt werden darf.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Forderung von Minister Meyer nach einer - gegebenenfalls unbegrenzten - Bündelung von Marktmacht im Milchbereich kartellrechtlich zulässig?
 2. Ist es das Ziel der Landesregierung, die erzeugte Milch europaweit zu bündeln, um dadurch die Verbraucherpreise für das Grundnahrungsmittel Milch zu erhöhen?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung den Aufbau von Marktmacht aus Verbrauchersicht?
10. Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta, Holger Ansmann, Mustafa Erkan, Holger Heymann, Stefan Klein, Matthias Möhle, Ronald Schminke, Sabine Tippelt und Gerd Ludwig Will (SPD)

Busse mit wasserstoffbasierten Antrieben - Wann kommt die saubere Technologie auch in Niedersachsen?

Ein knappes Drittel des Energieverbrauches in der Bundesrepublik entfällt auf den Bereich des Kraftverkehrs. Dies hat zur Folge, dass auch ca. 20 % der CO₂-Emissionen hier entstehen. Neben den nachteiligen Folgen für das Weltklima, die durch die Emission von sogenannten Treibhausgasen entstehen, ist gerade in städtischen Ballungsgebieten der Kraftfahrzeugverkehr eine der Hauptursachen für Schadstoffemissionen, die vor Ort Mensch und Natur nachteilig belasten. Einen nicht unerheblichen Anteil daran trägt auch der ÖPNV, der heute noch in erheblichem Maße Dieselmotoren nutzt.

Auf dem Weg zu einem möglichst emissionsarmen ÖPNV haben Städte wie Hamburg, Karlsruhe und Köln Modellprojekte initiiert, um die Verwendung von wasserstoffbasierten Antrieben im ÖPNV zu erproben. So fahren in Hamburg seit dem Frühjahr 2012 vier Brennstoffzellenbusse - emissionsfrei, leise und mit einem geringen Wasserstoffverbrauch (vgl. *Spiegel-Online* 2012).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Vor- und Nachteile bieten nach Auffassung der Landesregierung wasserstoffbasierte Antriebe gegenüber Dieselmotoren und anderen Alternativen, d. h. nichterdöl-basierten Antrieben im ÖPNV?

2. Bestehen in Niedersachsen Pläne zur (testweisen) Einführung bzw. Erprobung von wasserstoffbasierten Antrieben im ÖPNV?
3. Bestehen Förderinstrumente auf Landes-, Bundes- bzw. EU-Ebene, die für die (testweise) Einführung bzw. Erprobung von wasserstoffbasierten Antrieben im ÖPNV herangezogen werden könnten?

11. Abgeordneter Uwe Schwarz (SPD)

Kleine Amtsgerichte auf der Kippe?

Unter der alten CDU/FDP-Landesregierung wurde seit Jahren die Vergrößerung der Amtsgerichts-bereiche diskutiert. Entsprechende Strukturveränderungen hat es bei der Vorgängerregierung auch schon bei den kleinen Justizvollzugsanstalten gegeben. Im Zuge dieser Neuordnung wurde der Standort Bad Gandersheim geschlossen. Das Amtsgericht befindet sich auf dem gleichen Gelände wie die ehemalige Anstalt, dem Gebäude des ehemaligen Bad Gandersheimer Wasserschlosses. Des Weiteren hat die Fusion der Stadt Einbeck und der Gemeinde Kreiensen zum 1. Januar dieses Jahres zu einem verminderten Einzugsbereich des Amtsgerichtes in Bad Gandersheim geführt. Dieses alles hat erneut eine öffentliche Debatte über den Fortbestand der Amtsgerichte in Bad Gandersheim, aber auch in Einbeck ausgelöst.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es aktuelle Überlegungen, die Gebietszuständigkeiten von Amtsgerichten in Niedersachsen neu zu ordnen?
2. Gibt es unabhängig davon konkrete Planungen hinsichtlich des Fortbestandes der Amtsgerichte Bad Gandersheim und Einbeck, insbesondere im Zusammenhang mit in absehbarer Zeit bevorstehenden Pensionierungen von Richtern?
3. Wie viele Beschäftigte gibt es derzeit in den Amtsgerichten Einbeck und Bad Gandersheim?

12. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Wie stellt die Landesregierung die Gegenfinanzierung der ab dem Wintersemester 2014/2015 in Niedersachsen wegfallenden Studienbeiträge sicher?

In der Pressemitteilung der Landesregierung vom 3. Juli 2013 heißt es wörtlich: „Die Studiengebühren und ein Teil der Gebühren für Langzeitstudenten werden zum Wintersemester 2014 abgeschafft (...). Die wegfallenden Studiengebühren werden zu 100 % kompensiert. Diese Mittel stehen den Hochschulen zur Sicherung der Qualität von Studium und Lehre zur Verfügung.“

Der *rundblick* berichtete in seiner Ausgabe vom 20. März 2013, dass das Kabinett am 19. März 2013 beschlossen habe, die Kompensation für die Abschaffung der Studienbeiträge zum Wintersemester 2014/2015 durch Umschichtungen aus den Ressorts bereitzustellen. Insgesamt müssten für das Haushaltsjahr 2014 67,1 Millionen Euro (Wintersemester 2014/2015) ausgeglichen werden; 2015 wird von 129,1 Millionen Euro und in den Folgejahren von jeweils 127,5 Millionen Euro ausgegangen.

Mit einem an Finanzstaatssekretär Frank Doods gerichteten Schreiben vom 17. Juli 2013 bat der Abgeordnete Reinhold Hilbers um Auskunft über die titelscharfe Gegenfinanzierung der in den jeweiligen Einzelplänen zur Kompensation der wegfallenden Studienbeiträge einzusparenden Ausgaben. Das Finanzministerium hat die erbetene Auskunft bisher nicht erteilt.

In der Pressemitteilung vom 14. August 2013 des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur heißt es wörtlich: „Das Land ersetzt den niedersächsischen Hochschulen die Einnahmen aus dem Wegfall der Studiengebühren zu 100 %. Wenn Niedersachsen die Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 abschafft, bekommen die Hochschulen in gleicher Höhe Studienqualitätsmittel überwiesen. Dafür stellt das Land bis 2018 mehr als 450 Millionen Euro bereit.“

Informationen über die von der Landesregierung angekündigte Gegenfinanzierung der wegfallenden Studienbeiträge durch Umschichtungen im Landeshaushalt enthält diese Pressemitteilung nicht. Auch an anderer Stelle hat die Landesregierung bisher nicht offengelegt, welche Ausgaben in welchen Einzelplänen zur Gegenfinanzierung der wegfallenden Studienbeiträge die Landesregierung zu kürzen beabsichtigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kürzungen plant die Landesregierung für das Haushaltsjahr 2014 zur Gegenfinanzierung der mit dem Wintersemester 2014/2015 wegfallenden Studienbeiträge (bitte titelscharfe Darstellung je Einzelplan)?
 2. Welche Kürzungen plant die Landesregierung in der Mittelfristigen Planung für die Jahre 2015 bis 2017 zur Gegenfinanzierung der mit dem Wintersemester 2014/2015 wegfallenden Studienbeiträge (bitte titelscharfe Darstellung je Einzelplan nach Jahren getrennt)?
13. Abgeordnete Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ansgar Focke, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Axel Miesner, Frank Oesterhelweg, Ulf Thiele und Lutz Winkelmann (CDU)

Niedrige Füllstände der Erdgasspeicher - Was tut die Landesregierung gegen mögliche Versorgungseinschränkungen im kommenden Winter?

In ganz Europa kam es in diesem Jahr, beginnend im März bis in den April hinein, zu einer späten, lang andauernden Kälteperiode. Verursacht durch diesen späten Wintereinbruch und den resultierenden hohen Heizbedarf, wurden viele Erdgasspeicher in Deutschland bis an die Grenzen des technisch Möglichen entleert. Zudem konnte in dieser Zeit, anders als in den Vorjahren, noch nicht mit der Einspeicherung für den nächsten Winter begonnen werden.

In der Regel werden die Monate März bis Oktober eines Jahres dazu genutzt, die Erdgasspeicher vor dem nächsten Winterhalbjahr wieder aufzufüllen. Im Jahr 2013 haben die Marktteilnehmer nach Auskunft von Experten jedoch erst sehr spät und anfänglich mit deutlich geringeren Mengen als in den Jahren zuvor mit der Einspeicherung von Erdgas begonnen. Deshalb laufen wir nach Meinung von Experten in Deutschland (aber auch in einigen Nachbarländern) Gefahr, mit im Mehrjahresvergleich historisch niedrigen Füllständen der Erdgasspeicher in den Winter 2013/2014 zu starten. Der Umstand, dass mehrere europäische Länder in einer vergleichbaren Lage sind, erhöht nach Einschätzung von Marktteilnehmern die Wahrscheinlichkeit kritischer Versorgungssituationen.

Zwar wird momentan nach Angaben von Branchenkennern mit einer deutlich erhöhten Leistung Erdgas in die Gasspeicher eingeleitet. Vergleichbare Speicherfüllstände wie in den Vorjahren sind damit aber aus Sicht der Gasnetzbetreiber in diesem Jahr nicht erreichbar. Deshalb könne es im Laufe des bevorstehenden Winters relativ schnell dazu kommen, dass die Erdgasreserven nur noch in einem deutlich reduzierten Umfang zur Verfügung stehen. Besonders kritisch könne es insbesondere im ersten Quartal 2014 werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die möglicherweise kritische Versorgungssituation im kommenden Winter bekannt?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zu verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen im kommenden Winter keine ausreichende Gasversorgung haben?
3. Welche rechtlichen und technischen Entwicklungen müssen in den kommenden Jahren vorangetrieben werden, damit die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zukünftig ausreichend und ohne Mengenprobleme mit Erdgas versorgt werden können?

14. Abgeordnete Karsten Heineking, Kai Seefried, Clemens Lammerskitten, Karin Bertholdes-Sandrock, Astrid Vockert, Editha Lorberg, Petra Joumaah, Ulf Thiele, André Bock, Lothar Koch, Christian Calderone, Horst Schiesgeries und Jörg Hillmer (CDU)

Kultusministerin sagt nahtlosen Ganztagsbetrieb zu - Herrscht aber vielmehr ein Ganztagschaos an den Schulen in Niedersachsen?

Laut der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 10. August 2013 sei mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 das Betreuungsangebot an zwei Grundschulen in Stadthagen auf den gesetzlichen Mindestrahmen zusammengestrichen worden. Grund seien juristische Probleme bei der Beschäftigung des Betreuungspersonals.

Die Leiter der Grundschulen ‚Am Sonnenbrink‘ und ‚Am Stadtturm‘ in Stadthagen haben die örtliche Stadtverwaltung über die Situation der Ganztagsbetreuung informiert. Am 4. Juli 2013 wurde das Kultusministerium darüber in Kenntnis gesetzt. Dieses habe die Grundschulen an die Landesschulbehörde verwiesen. Nach Informationen der *Schaumburger Nachrichten* sei den Grundschulen empfohlen worden, keine zusätzliche Betreuung anzubieten, die auf dem städtischen Zuschuss gründen.

Am 12. Juni 2013 teilte SPD-Kultusministerin Frauke Heiligenstadt mit, dass bestehende Kooperationsverträge nicht aufgelöst werden würden. Sie beabsichtige, die Verträge im jetzigen Schuljahr anzupassen. Bis dahin könnten die bestehenden Verträge unbeeinträchtigt weitergeführt werden. „Auf diese Weise geht der Ganztagsbetrieb an den Schulen aktuell und nach den Sommerferien nahtlos weiter. Eltern können sich darauf verlassen, dass ihre Kinder nach wie vor ganztags in den Schulen betreut werden“, erklärte Ministerin Heiligenstadt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sieht die aktuelle Situation an den Grundschulen in Stadthagen aus, und was hat die Landesregierung in diesem Fall unternommen?
 2. Welche Schulen - landesweit - sind von ähnlichen Problemen im Ganztagsbetrieb betroffen, und welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die bestehenden Unsicherheiten zu lösen?
 3. Wie will die Landesregierung die angekündigten zusätzlichen 260 Millionen Euro bis 2018 in der Ganztagsbetreuung einsetzen, und welche Schulformen werden in welchem Umfang gestattet?
15. Abgeordnete Kai Seefried und Karl-Heinz Klare (CDU)

Bekommen unsere Schulen nicht die Grundversorgung und Förderstunden, die ihnen zustehen?

Mehrere örtliche Grundschulen und Oberschulen weisen darauf hin, dass ihnen im Rahmen der Inklusion weder die sonderpädagogische Grundversorgung von zwei Stunden pro Klasse noch die zusätzlichen Förderstunden von drei bis fünf Stunden pro Kind zugewiesen werden würden. Insbesondere würden sie die Förderstunden für Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an weiterführenden Schulen nicht erhalten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Haben alle Grundschulen die sonderpädagogische Grundversorgung von zwei Stunden erhalten, und werden jedem Kind mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an Grund- und weiterführenden Schulen die erforderlichen Förderstunden zugewiesen?
2. Welche Grundschulen und weiterführende Schulen sind von der fehlenden Stundenzuweisung betroffen, und welche Gründe liegen dafür vor?
3. Wann plant die Landesregierung diese Missstände zu beheben?

16. Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Wie steht die Landesregierung zu Studienbeiträgen für Nicht-EU-Ausländer?

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Edith Sitzmann, prüft laut der *Welt* vom 15. August 2013 und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. August 2013, von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten bis zu 1 000 Euro pro Semester einzufordern.

Bis auf wenige skandinavische Länder sind Studienbeiträge in Europa in unterschiedlicher Höhe üblich. Deutsche Studentinnen und Studenten, die im Ausland studieren, zahlen nicht selten Studienbeiträge, die noch deutlich höher sind als die vorgeschlagenen 1 000 Euro.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Staaten sind aktuell in Niedersachsen eingeschrieben?
2. Welche Kosten entstehen dem Land Niedersachsen durch diese Studierenden?
3. Plant die Landesregierung für diesen Personenkreis die Abschaffung von Studienbeiträgen oder eine Erhöhung, wie in Baden-Württemberg vorgeschlagen?

17. Abgeordnete Thomas Adasch und Rainer Fredermann (CDU)

Hat die Landesregierung die Pläne für die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz geändert?

Auf eine Anfrage im Juni-Plenum zur Zukunft und zum gegenwärtigen Planungsstand des Trainingszentrums der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) in Celle-Scheuen antwortete die Landesregierung, die Planungen zur Errichtung eines Trainings- und Technikzentrums am Standort Celle-Scheuen würden weitergeführt und eine Fertigstellung des Vorhabens sei für das Jahr 2020 vorgesehen.

Die *Cellesche Zeitung* vom 2. August 2013 berichtet über ein Gerücht, wonach das Trainingszentrum in Celle-Scheuen auf einer internen Streichliste des Landes stünde.

So soll Innenstaatssekretär Stefan Mahnke auf einer Versammlung des Feuerwehrlandesverbandes in Nordholz gesagt haben, dass das Land im Grunde gar nicht das Geld habe, um das Scheuener NABK-Projekt zu realisieren. Im gleichen Bericht wird eine Sprecherin des Innenministeriums dahin gehend zitiert, dass das Land die für das Trainingszentrum eingeplanten Mittel zügiger als bisher zur Verfügung stellen wolle.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Schritten ist der Umbau des Standortes Celle-Scheuen als Trainingszentrum konkret geplant?
2. Wann werden die ersten Baumaßnahmen in Celle-Scheuen ausgeschrieben und durchgeführt werden?
3. Wie plant die Landesregierung gegenwärtig die Finanzierung des Trainingszentrums in Celle-Scheuen, und sieht die Landesregierung hier Änderungsbedarf?

18. Abgeordneter Ansgar Focke (CDU)

Wie beurteilt die Landesregierung den Anstieg der Asylbewerberzahlen aus der Russischen Föderation?

Die Statistik der Asylbeanträge des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weist für den Monat Juni 2013 insgesamt 8 408 Anträge auf. Dies ist eine Steigerung von 74 % im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Hauptherkunftsland der Asylbewerber ist seit Kurzem die Russische Föderation. Die Zahl der Asylbewerber aus der Russischen Föderation hat sich innerhalb weniger Monate mehr als verdoppelt. Stammen im März 2013 noch 1 004 Flüchtlinge von dort, waren es im April 2013 2 055 Personen und im Mai 2013 bereits 2 502 Personen, die in Deutschland Asyl beantragten. Die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe aus Syrien kam im Mai 2013 auf lediglich 728 Anträge.

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 6. August 2013, dass die Flüchtlinge zu 90 % aus der autonomen Republik Tschetschenien stammen. Die Online-Ausgabe des *Spiegels* zitiert am 17. Juli 2013 Gerüchte in Tschetschenien, wonach Deutschland jedem tschetschenischen Flüchtling 4 000 Euro und etwas Land gebe.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat am 8. August 2013 eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der er erklärt, die Flucht tschetschenischer Flüchtlinge nach Deutschland sei zum einen in der Situation in Tschetschenien begründet, zum anderen in der Behandlung dieser Flüchtlinge durch andere ost-europäische Staaten, insbesondere Polen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den aktuellen Anstieg der Asylbewerberzahlen, insbesondere aus der Russischen Föderation, und die Gerüchte um Prämien in Deutschland?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Gründe der Asylbewerber aus der Russischen Föderation zur Flucht nach Deutschland?
3. Trifft die Landesregierung besondere Maßnahmen zur Integration und Teilhabe der aus der Russischen Föderation stammenden Flüchtlinge?

19. Abgeordnete Mechthild Ross-Luttman und Otto Deppmeyer (CDU)

Was hat die Landesregierung zur Verbesserung des Justizvollzuges bereits auf den Weg gebracht?

Im Rahmen der anlässlich der Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel - Abteilung Braunschweig - durchgeführten Pressekonferenz des Justizministeriums am 1. August 2013 führte Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Bündnis 90/Die Grünen) u. a. Folgendes wörtlich aus: „Jeder Strafgefangene, der Gewalt erlebt hat, muss wissen, dass er auf Ansprechpartner trifft, die sein Vorbringen nicht marginalisieren, sondern ernst nehmen und Abhilfe schaffen. Konkret gilt es:

- durch bauliche und technische Maßnahmen (moderne Schließungssysteme, die eine Selbstsicherung ermöglichen, moderne Haftraumkommunikationsmöglichkeiten) die Sicherheit zu erhöhen,
- die psychologische und psychiatrische Versorgung von Inhaftierten dem gestiegenen Bedarf anzupassen und
- personelle und organisatorische Verbesserungen zu realisieren.

Dies sind Dinge, die wir bereits auf einen guten Weg gebracht haben. Der Weg ist vorbereitet, und ich bin überzeugt, dass wir Erfolge erzielen werden.“

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die neue Landesregierung weiterhin auf der Grundlage des von der CDU-geführten Landesregierung verantworteten Doppelhaushalts 2012/2013 arbeitet, fragen wir die Landesregierung:

1. Welche baulichen und technischen Maßnahmen (moderne Schließsysteme, die eine Selbstsicherung ermöglichen, moderne Hafträume), die die Sicherheit in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten erhöhen, hat die Landesregierung im Zeitraum 19. Februar bis 1. August 2013 beschlossen und umgesetzt?
2. Durch welche nach dem 19. Februar bis zum 1. August 2013 beschlossenen Maßnahmen hat die Landesregierung die psychologische und psychiatrische Versorgung von Inhaftierten verbessert?

3. Durch welche im Zeitraum 19. Februar bis 1. August 2013 beschlossenen Maßnahmen hat die Landesregierung die personelle und organisatorische Verbesserung in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten herbeigeführt?

20. Abgeordnete Axel Miesner und Jörg Hillmer (CDU)

Welche Chancen sieht die Landesregierung in der Nanotechnologie?

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist abhängig vom wissenschaftlichen Fortschritt und der Weiterentwicklung der Technologien. In der *Welt* vom 7. April 2013 ist zu lesen, dass die Nanotechnologien einen wachsenden Einfluss auf die Produkte der Farben- und Lackindustrie haben werden, beispielsweise mit verbesserten Lösungen für den Korrosionsschutz. Ebenso werden positive Auswirkungen der Technologie auf den Automobil- und Flugzeugbau hinsichtlich der Materialfestigkeit und damit auf das Gewicht der Automobile und Flugzeuge gesehen, die als Synergieeffekte auch Effekte auf den Brückenbau haben. Die Vorteile liegen in der weiteren Ressourcenschonung.

Der VDI (Verein Deutscher Ingenieure) setzt sich in seinem Positionspapier „Zukunft der Nanotechnik - Chancen erkennen, Technologie nutzen, Wettbewerbsfähigkeit stärken“ (April 2013) für eine Nutzung der Nanotechnologie ein und attestiert der Bundesregierung, „auf nationaler und europäischer Ebene wichtige Beiträge für angemessene Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Nanotechnologie geleistet“ (zu haben).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen der Nanotechnologien für die niedersächsische Wirtschaft?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich am Aktionsplan Nanotechnologien 2015 unter Zuhilfenahme von EU-Förderprogrammen, z. B. Interreg IVb NWE zur Förderung der Nanotechnologien des Bundes zu beteiligen und diesen mit umzusetzen?
3. Mit welchen Maßnahmen bzw. in welchen Bereichen unterstützt die Landesregierung die Nanoforschung?

21. Abgeordnete Karl-Heinz Bley und Heiner Schönecke (CDU)

Wie wird die Landesregierung nach der Streichung des Niedersachsen-Kredits eine ausreichende Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen in Niedersachsen gewährleisten?

Nach zehn Jahren wird zum 1. Oktober 2013 der sogenannte Niedersachsen-Kredit durch die Landesregierung eingestellt. In einer Infomail der Niedersächsischen Investitions- und Förderbank wird angekündigt, die Darlehensförderung künftig stärker auf bestimmte Bedarfe und Zielgruppen auszurichten.

Der Niedersachsen-Kredit war in der Vergangenheit insbesondere bei Investitionsvorhaben kleineren und mittleren, oft handwerksnahen Betrieben zugute gekommen. Ein Ersatz für den Niedersachsen-Kredit ist bislang nicht vorgesehen. Gründe zur Einstellung des Förderprogramms wurden von offizieller Seite nicht genannt. Im Geschäftsbericht der NBank für das Jahr 2012 wurde der Niedersachsen-Kredit als erfolgreiches Programm dargestellt, das landesweit nachgefragt wird - 1 400 Anträge mit einem gesamten Fördervolumen von 222 Millionen Euro im Jahr 2012. Eine Evaluation speziell für dieses Förderprogramm liegt nicht vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Unternehmen haben in welchen Jahren vom Niedersachsen-Kredit profitiert?
2. Wie kompensiert die Landesregierung den ersatzlosen Wegfall dieses Förderinstruments, insbesondere welche anderen Programme sollen nach Ansicht der Landesregierung die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen in Niedersachsen stärken?

3. Welche Auswirkungen ergeben sich für die NBank durch den Wegfall des Förderinstruments Niedersachsen-Kredit?

22. Abgeordnete Axel Miesner und Astrid Vockert (CDU)

Wird der im Landkreis Osterholz an der K 21 (Friedensheimer Straße, Gemeinde Vollersode) geplante Radweg in das Jahresbauprogramm 2014 des Landes Niedersachsen aufgenommen?

Der Landkreis Osterholz plant den Bau eines Radweges an der K 21 in der Gemeinde Vollersode. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, u. a. wegen der Nutzung als Schulweg, hat dieser Radweg eine hohe Bedeutung und soll daher kurzfristig realisiert werden. Die Planungen sind abgeschlossen. Die politischen Beschlüsse wurden gefasst und der Antrag um Aufnahme in das Mehrjahres- bzw. Jahresbauprogramm gestellt. Beantragt wurde die Förderung aus Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz. Aufgrund der beschlossenen Kürzungen der neuen Landesregierung im kommunalen Straßen- und damit auch im Radwegebau (siehe Antwort auf die Anfrage des Abg. Miesner am 21. Juni 2013) herrscht vor Ort Sorge, dass die Realisierung in weitere Ferne rückt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wird das Jahresbauprogramm für das kommende Jahr aufgestellt und veröffentlicht?
2. Wird der geplante Radweg an der Friedensheimer Straße (K 21, Landkreis Osterholz) in das Jahresbauprogramm für das Jahr 2014 aufgenommen?
3. Wie hoch wird die Förderung (in Prozent der förderfähigen Investitionssumme) sein?

23. Abgeordnete Rudolf Götz, Angelika Jahns und Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Gehaltssprünge in der Landesverwaltung seit Amtsübernahme der neuen Landesregierung?

Laut verschiedenen Presseberichten, etwa in der *Braunschweiger Zeitung* vom 12. August 2013, erhält der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Herr Udo Paschedag, eine Besoldung entsprechend der Besoldungsgruppe B 10. Das Niedersächsische Besoldungsgesetz sieht für Staatssekretäre jedoch gemäß Anlage 2 zum Niedersächsischen Besoldungsgesetz eine Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 9 vor.

Regierungssprecherin Anke Pörksen erhält laut Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Abgeordneten Reinhold Hilbers eine Besoldung nach Besoldungsgruppe B 6. Vor ihrer Tätigkeit als Regierungssprecherin war Frau Pörksen Regierungsdirektorin bei der Hamburgischen Landes-schulbehörde und wurde dort nach Besoldungsgruppe A 15 besoldet.

Die neue Verfassungsschutzpräsidentin des Landes Niedersachsen, Frau Maren Brandenburger, erhält nach Anlage 2 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes eine Besoldung nach Besoldungsgruppe B 6. Zuvor war Frau Brandenburger Leiterin der Pressestelle des niedersächsischen Verfassungsschutzes. In dieser Stellung erhielt sie eine Besoldung nach A15.

Als weitere Beispiele deutlich verbesserter Besoldung infolge von Personalentscheidungen der rot-grünen Landesregierung sind die Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und Neuernennungen mehrerer Polizeipräsidenten aufzuführen. Der neue Polizeipräsident von Osnabrück, Bernhard Witthaut, stieg dabei von Besoldungsgruppe A 13 in Besoldungsgruppe B 4 auf.

Der Bund der Steuerzahler Niedersachsen beklagte in einer Pressemitteilung vom 3. April 2013 die Besetzung von Stellen nach Parteibuch durch die neue Landesregierung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Dienstposten hat die Landesregierung nach ihrer Amtsübernahme mit Beamten und Tarifbeschäftigten besetzt, die zuvor auf ihren Dienstposten nach anderen Besoldungsgruppen besoldet wurden?

2. Wie hoch sind die Kosten, die durch die Neubesetzungen zuvor besetzter Dienstposten, durch Höhergruppierung und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand der Vorgänger entstanden sind?
3. Aus welchen Gründen hat sich die Landesregierung trotz zusätzlicher Kosten für die Neubesetzung der in der Antwort zu Frage 1 genannten Dienstposten entschieden?

24. Abgeordnete Volker Meyer, André Bock und Kai Seefried (CDU)

Wie viele Besetzungsverfahren an niedersächsischen Schulen hat die rot-grüne Landesregierung gestoppt?

Laut der *Kreiszeitung* des Landkreises Diepholz vom 2. August 2013 sei eine Vielzahl an Besetzungsverfahren an niedersächsischen Berufsschulen „gestoppt worden“. Grund sei die Neuordnung des Berufsschulbereiches durch die rot-grüne Landesregierung. Der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann habe betont, dass dies kein Einzelfall sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Besetzungsverfahren wurden insgesamt an Niedersachsens Schulen gestoppt, und welche Schulen sind davon betroffen?
2. Wann plant die Landesregierung, die Besetzungsverfahren wieder aufzunehmen, und welche Auswirkung hat der Stopp für die Unterrichtsversorgung an betroffenen Schulen?
3. Welche Änderungen plant die rot-grüne Landesregierung im Rahmen der angekündigten Neuordnung im Berufsschulbereich in Niedersachsen, und wann sollen die Änderung in Kraft treten?

25. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Christian Grascha, Jörg Bode, Almuth von Below-Neufeldt und Christian Dürr (FDP)

„Aktion Klingelbeutel“ nach der Haushaltsklausur der Landesregierung

Am 18. April 2013 hat die Landesregierung in Drs. 17/106 die Mündliche Anfrage Nr. 7 betreffs „Aktion Klingelbeutel“ vorbehaltlich der Ergebnisse der Haushaltsklausur der Landesregierung nur sehr unkonkret beantworten können („Konkrete Maßnahmen und Haushaltspositionen zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses werden damit erst mit Beschluss der Landesregierung über den HPE 2014 am 2./3. Juli 2013 feststehen.“).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen und Haushaltspositionen zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zur Abschaffung der Studienbeiträge stehen seit dem Beschluss der Landesregierung über den HPE 2014 am 2./3. Juli 2013 fest? Wo genau wird gekürzt, um die Abschaffung der Studienbeiträge zu finanzieren (bitte titelscharf auflisten, mindestens jedoch nach Einzelplänen)?
2. Welche konkreten Maßnahmen und Haushaltspositionen zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zur Abschaffung der Studienbeiträge stehen seit dem Beschluss der Landesregierung über die mittelfristige Finanzplanung am 2./3. Juli 2013 fest?

26. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeld und Christian Dürr (FDP)

Begrenzung der Doktorandenstellen

In der Pressekonferenz am 14. August 2013 erklärte die Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, dass sie die Qualitätsstandards in Promotionsverfahren verbessern und mit den Hochschulen Vereinbarungen schließen will.

In der Pressemitteilung dazu heißt es: „So sollen die Professorinnen und Professoren künftig mit ihren Doktorandinnen und Doktoranden Betreuungsvereinbarungen abschließen. Über einen Betreuungsschlüssel soll eine Obergrenze für die Anzahl der Promovierenden pro Professor festgelegt werden. Zudem müssen Promotionsverfahren künftig vollständig erfasst werden, was die Dauer oder die Abbruch- und Erfolgsquoten betrifft.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die Landesregierung in Zeiten steigender Studierendenzahlen die Qualitätssicherung der Lehre vor, wenn Doktorandenstellen begrenzt werden und die steigenden personellen Anforderungen nicht mehr garantiert werden können?
 2. Wie bewertet die Landesregierung, dass weniger Forschung finanzielle Einbußen, Imageverlust und schlechtere Perspektiven für Doktoranden, insbesondere in den Fächern Medizin, Chemie, Biologie oder auch verschiedenen Geisteswissenschaften, bewirken kann?
 3. Wie begründet die Landesregierung die aus ihrer Sicht bestehende Notwendigkeit von Vereinbarungen mit den Hochschulen und den möglicherweise dadurch entstehenden Eindruck des Misstrauens gegenüber Professoren und Doktoranden, und nach welchen Kriterien und in welchen Gremien soll deshalb der Betreuungsschlüssel entwickelt werden?
27. Abgeordnete Christian Dürr, Jörg Bode, Christian Grascha und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Gegenfinanzierung der Studienbeiträge

Finanzminister Schneider hat dem Landtag in der 4. Plenarsitzung am 14. März 2013 erklärt, dass die Abschaffung der Studienbeiträge „nachhaltig“ gegenfinanziert würde, nämlich durch „Einsparungen in den Ressorthaushalten“ (Seite 155). Die „Aktion Klingelbeutel“ erbringt tatsächlich die für das Haushaltsjahr 2014 notwendigen 67 Millionen Euro. Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind jedoch jährlich etwa 127 Millionen Euro zur vollständigen Kompensierung der Studienbeiträge notwendig (vgl. etwa Finanzminister Schneider im Landtag am 14. März 2013, Plenarprotokoll Seite 170).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die „Aktion Klingelbeutel“ in den Jahren ab 2015 im Volumen verdoppelt, wird dies ggf. bereits aus der MiPla ersichtlich sein, falls nein, warum nicht?
 2. Falls Frage 1 verneint wird: Wird der Fehlbetrag durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme aufgebracht, ggf. warum nicht?
 3. Hat Finanzminister Schneider im Landtag absichtlich den Eindruck erweckt, die Abschaffung der Studienbeiträge würde durch Umschichtungen vollständig gegenfinanziert?
28. Abgeordnete Christian Grascha, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Wie geht die Landesregierung zukünftig mit Managergehältern bei Landesbeteiligungen um?

Mit dem Ziel einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung trat am 5. August 2009 das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung in Kraft. Das Gesetz konkretisiert Anforderungen der Regeln zum Selbstbehalt, zur Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Vergütungen, zur Qualität der Arbeit der Aufsichtsräte und zur Steigerung der Transparenz der Vergütung. Am 20. Juni 2013 hat der Landtag in der Drs. 17/292 und mit der Mehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine weitere Verschärfung der Regeln für Managergehälter beschlossen. Gemäß der Drucksache und nach den Vorstellungen der Regierungskoalition soll das Gesamtgehalt von Managern zu mindes-

tens 75 % aus einem Festgehalt bestehen, sollen Erfolgsbeteiligungen nach frühestens zehn Jahren wirksam werden, Verluste in diesem Zeitraum den angestellten Managern anteilig in Rechnung gestellt werden und soll die persönliche Haftung verschärft werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie gedenkt die Landesregierung, die konkreten Vorgaben der Drs. 17/292 bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen, bei denen Mitglieder der Landesregierung im Aufsichtsrat vertreten sind, z. B. bei künftigen Gehaltsverhandlungen und Neueinstellungen von Managern oder auch unter Anwendung der Möglichkeit, in bestehende Verträge einzugreifen, im Sinne der Drucksache umzusetzen?
2. Bei welchen Unternehmen, an denen das Land Niedersachsen beteiligt ist, werden zurzeit die Vorgaben der Drs. 17/292 nicht eingehalten?
3. Werden die Vertreter des Landes Niedersachsen in den Aufsichtsräten zukünftig ausschließlich im Sinne der Drs. 17/292 bei etwaigen Entscheidungen stimmen?

29. Abgeordnete Hermann Grupe und Christian Dürr (FDP)

Altpapiersammlung im Landkreis Holzminden

Der Landkreis Holzminden hat der Firma Wessarges & Hundertmark GmbH das Sammeln von Altpapier untersagt. Das Unternehmen hat dagegen geklagt. Den Prozess vor dem OVG Lüneburg hat der Landkreis Holzminden verloren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung in einer Anfrage des Landkreises Holzminden aufgefordert, der Firma Wessarges & Hundertmark GmbH das Sammeln von Altpapier zu untersagen bzw. andere Restriktionen auszusprechen?
2. Falls ja, gibt es vergleichbare Anfragen von Landkreisen, gegebenenfalls von welchen?
3. Falls Frage 1 bejaht wird: Wann und wie wird die Landesregierung der Landrätin Schürzenberg (SPD) des Landkreises Holzminden antworten?

30. Abgeordnete Gabriela König, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Positionierung der Landesregierung gegenüber Einheitslehrern

In Baden-Württemberg haben sich kürzlich die SPD im Landtag und der Beamtenbund gegen den Einheitslehrer ausgesprochen. So heißt es am 25. Mai 2013 im Internetauftritt der *Stuttgarter Zeitung*: „SPD lehnt Einheitslehrer ab“. Demnach werde es keine einheitliche Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer für die weiterführende Schule geben. Der Koalitionspartner der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, hat sich laut der Berichterstattung der *Südwestumschau* der Meinung des Koalitionspartners angenähert.

Im Koalitionsvertrag der neuen Niedersächsischen Landesregierung heißt es: „Die rot-grüne Koalition wird die geltende Schulformorientierung der Lehrerbildung angesichts der Veränderungen in der Schullandschaft in eine schulstufenbezogene Ausbildung umwandeln.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Äußerungen der baden-württembergischen SPD für die Lehrerausbildung in Niedersachsen?
2. Sieht die Niedersächsische Kultusministerin die Ausgestaltung der Lehrerbildung künftig wie ihr Koalitionspartner oder wie die SPD in Baden-Württemberg?
3. Wird sich die Niedersächsische Kultusministerin bei der Ausgestaltung der Lehrerbildung zukünftig am niedersächsischen Koalitionsvertrag mit den Grünen oder an den Vorhaben der SPD in Baden-Württemberg orientieren?

31. Abgeordnete Christian Dürr und Björn Försterling (FDP)

Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der rot-grünen Landesregierung?

In einer Diskussionsrunde zum Thema „Bessere Schule“ diskutierten u. a. die Abgeordneten Johanne Modder (SPD) und Meta Janssen-Kucz (Bündnis 90/Die Grünen) über bessere Bildung und bessere Schulen. Gleichzeitig wird die Stundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien auf 24,5 Stunden pro Woche erhöht und werden die ebenfalls an den Gymnasien frei werdenden Stellen der Lehrerinnen und Lehrer nicht wiederbesetzt. Ergänzend dazu äußerte sich Meta Janssen-Kucz zur Lehrerschaft. Sie attestierte 90 % der Lehrerinnen und Lehrer „fehlende Veränderungsbereitschaft“ und stellte den Beamtenstatus infrage.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Stellt die Landesregierung den Beamtenstatus bei Lehrerinnen und Lehrern infrage und zieht sie Veränderungen in Betracht?
 2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Abgeordneten Janssen-Kucz, die 90 % der Lehrerinnen und Lehrer „fehlende Veränderungsbereitschaft“ unterstellt?
 3. Wie schätzt die Landesregierung die Veränderungsbereitschaft der Lehrkräfte ein?
32. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Hochschulstandorte Bergen-Hohne und Oerbke?

Der Abzug der britischen Armee führt in einigen niedersächsischen Regionen zu gravierenden Veränderungen. Auf der politischen Bühne und in der gesamten Öffentlichkeit wurde das Thema bisher differenziert betrachtet und diskutiert. Als eine mögliche Nachnutzungsmöglichkeit wurden für die Standorte Bergen und Oerbke mögliche neue Hochschulstandorte ins Gespräch gebracht. In der Antwort (17/394) zu der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Hochschulstandort Bergen-Hohne?“ vom 9. Juli 2013 hieß es:

„Im Rahmen der KonRek-Studie ist die Einrichtung einer Hochschule in Bergen als eine mögliche Idee unter vielen kurz genannt worden. Darüber hinaus sind der Landesregierung keine Planungen bekannt oder durch die Landesregierung vorgesehen, in Bergen-Hohne oder einem der übrigen künftig aufzugebenden oder durch Personalabbau betroffenen Bundeswehrstandorte bzw. Standorte der britischen Streitkräfte neue Hochschulstandorte einzurichten.“

In der Antwort 17/391 zum möglichen Hochschulstandort Oerbke heißt es: „Derzeit sind der Landesregierung keine Planungen bekannt und es ist nicht vorgesehen, in Oerbke oder einem der übrigen künftig aufzugebenden oder durch Personalabbau betroffenen Bundeswehrstandorte bzw. Standorte der britischen Streitkräfte neue Hochschulstandorte einzurichten.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wenn die in der Diskussion vorgeschlagenen Hochschulstandorte Oerbke und Bergen-Hohne von der Landesregierung als neue Hochschulstandorte nicht in Betracht gezogen werden sollen, wo sollen die 49 000 zusätzlichen Studienplätze, die Ministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić statt der 35 000 Plätze bis 2015 schaffen will, entstehen?
2. Welche Überlegungen sind der Landesregierung bisher über einen möglichen privaten Hochschulstandort bekannt?
3. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die freie Studienplatzwahl und die Wahl des Studienortes nicht an Infrastrukturproblemen scheitern?

33. Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Gabriela König, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Gero Hocker (FDP)

Hat sich Wirtschaftsminister Lies „hinters Licht führen lassen“?

Im Rahmen der Berichterstattung über den Antrittsbesuch von Wirtschaftsminister Olaf Lies in Stade mutmaßt der Koalitionspartner Bündnis90/Die Grünen, dass sich Wirtschaftsminister Lies mit Bezug auf die Kraftwerkspläne der Dow hinter das Licht hat führen lassen (*Stader Tageblatt*, Ausgabe 1. August 2013). Während der Wirtschaftsminister sich im Namen der Landesregierung zum Industriestandort Stade mit den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, einschließlich des geplanten Gas-Kohle-Biomasse-Kraftwerks der Dow, bekannt hat, lehnt der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen dieses ab.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steht die gesamte Landesregierung, einschließlich des Ministers für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Herrn Stefan Wenzel, uneingeschränkt hinter den Kraftwerksplanungen der Dow in Stade? Bitte mit Begründung.
 2. Wie geht die rot-grüne Landesregierung mit der Distanzierung des Koalitionspartners Bündnis90/Die Grünen zu den Kraftwerksplänen der Dow in Stade um, und handelt es sich bei den Berechnungen zum Wirkungsgrad um einen „Taschenspielertrick“, wie der Kreisverband Stade von Bündnis90/Die Grünen mutmaßt?
 3. Hat die Landesregierung Zweifel an der ökonomischen und ökologischen Attraktivität des geplanten integrierten Kraftwerkes, am Wirkungsgrad oder an der Notwendigkeit des Baues für den Industriestandort Stade? Wenn ja, welche?
34. Abgeordnete Gabriela König, Sylvia Bruns, Jörg Bode, Almuth von Below-Neufeldt und Horst Kortlang (FDP)

Beschränkt sich der Einsatz für Mindestlöhne nur auf Schlachthöfe, oder erweitert die Landesregierung ihr Engagement auch auf den Lebensmitteleinzelhandel?

„Lohndumping ist in Bio-Märkten an der Tagesordnung“ titelte es in der Tageszeitung *DIE WELT* am 15. März 2012 (<http://www.welt.de/dieweltbewegen/article13924327/Lohndumping-ist-in-Bio-Maerkten-an-der-Tagesordnung.html>). Demnach arbeiten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bio-Supermärkten unterhalb von Tariflöhnen, obwohl die Branche enorme Umsatzsteigerungen verbuchen kann. Neben der untertariflichen Bezahlung kommen unbezahlte Überstunden und zunehmender Stress im Beschäftigungsverhältnis zum Tragen. Oft ist das Image der Bio-Branche ausschlaggebend für die Mitarbeiter, um in einem untertariflichen Beschäftigungsverhältnis zu arbeiten. Discounter und andere Filialisten, die häufig tariflich oder übertariflich zahlen, würden demnach von diesen Arbeitnehmern gemieden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellen sich die Verhältnisse im Lebensmitteleinzelhandel in Niedersachsen mit Bezug auf die tarifliche bzw. außertarifliche Bezahlung dar? Bitte getrennt nach Unternehmenstypen und Branchen.
2. Wird sich die Landesregierung, vergleichbar mit ihrem Vorgehen bei den Schlachthöfen, für eine bessere und damit tarifliche Bezahlung im niedersächsischen Lebensmitteleinzelhandel, trotz niedriger Gewinnspannen und hohen Wettbewerbsdrucks, einsetzen?
3. Wenn ja, wann und mit wem sind Gespräche über die Lohnhöhe, über die Vergütung von Überstunden, über das Einhalten von Pausenzeiten und die Entrichtung außertariflicher Leistungen, insbesondere mit Geschäftsführern, die die Tarifbindung aufgekündigt haben, geplant?

35. Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt und Dr. Gero Hocker (FDP)

Verfüllung von Hohlräumen in der Asse (Teil 1)

Am 7. August 2013 hat ein Gespräch zwischen der Asse-2-Begleitgruppe (A2B) und Vertretern des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) sowie der Asse-GmbH stattgefunden. Hierbei kam es laut Pressemitteilung der A2B vom 8. August 2013 zu einem „Paukenschlag“, der zufolge hatte, dass die Vertreter der A2B das Gespräch abgebrochen haben. Laut Pressemitteilung der A2B waren zwei Gründe dafür ausschlaggebend, zum einen, dass das BfS eingeräumt habe, bei der Beauftragung für das Rückholkonzept handle es sich lediglich um eine Vorstudie, und zum anderen, dass nunmehr Bereiche vor der Einlagerungskammer 12 verfüllt werden sollen. Vor dieser Kammer befindet sich der sogenannte Laugensumpf, der damit trockengelegt werden soll. Laut den Experten der A2B seien aber wichtige Fragen der Drainage nicht geklärt. Im April sei darüber hinaus vereinbart worden, mit den Verfüllarbeiten auf der 750m-Sohle erst zu beginnen, wenn das Rückholkonzept vorliegt. Das BfS entgegnete in einer Pressemitteilung vom selben Tag, dass die DMT GmbH & Co KG vom BfS den Auftrag bekommen habe, „eine Planung zur ‚Konkretisierung der Machbarkeitsstudie zum optimalen Vorgehen bei der Rückholung der LAW-Gebinde‘ zu erstellen“. Das Verfüllen des Hohlraums vor der Kammer 12 sei eine zentrale Voraussetzung für die Rückholung und würde diese nicht behindern. Die Umsetzung dieser Arbeiten sei durch die Fach- und Rechtsaufsicht eingefordert worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Beurteilt die Landesregierung die Beauftragung der DMT durch das BfS mit der „Planung zur ‚Konkretisierung der Machbarkeitsstudie zum optimalen Vorgehen bei der Rückholung der LAW-Gebinde‘“ wie das BfS als Rückholkonzept oder wie die A2B als Vorstudie?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung die von Experten der A2B geäußerte Sorge, dass sich strahlungsbelastete Lauge einen neuen Weg durch das geplante Gebirge sucht, wenn die Verfüllung umgesetzt wird?
 3. Wann wurde die Staatssekretärin des Umweltministeriums in der Asse-Lenkungsgruppe über die geplanten Maßnahmen informiert, und welche Konsequenzen wurden für die Arbeit des Ministeriums daraus gezogen?
36. Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt und Dr. Gero Hocker (FDP)

Verfüllung von Hohlräumen in der Asse (Teil 2)

Am 7. August 2013 hat ein Gespräch zwischen der Asse-2-Begleitgruppe (A2B) und Vertretern des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) sowie der Asse-GmbH stattgefunden. Hierbei kam es laut Pressemitteilung der A2B vom 8. August 2013 zu einem „Paukenschlag“, der zufolge hatte, dass die Vertreter der A2B das Gespräch abgebrochen haben. Laut Pressemitteilung der A2B waren zwei Gründe dafür ausschlaggebend, zum einen, dass das BfS eingeräumt habe, bei der Beauftragung für das Rückholkonzept handle es sich lediglich um eine Vorstudie, und zum anderen, dass nunmehr Bereiche vor der Einlagerungskammer 12 verfüllt werden sollen. Vor dieser Kammer befindet sich der sogenannte Laugensumpf, der damit trockengelegt werden soll. Laut den Experten der A2B seien aber wichtige Fragen der Drainage nicht geklärt. Im April sei darüber hinaus vereinbart worden, mit den Verfüllarbeiten auf der 750m-Sohle erst zu beginnen, wenn das Rückholkonzept vorliegt. Das BfS entgegnete in einer Pressemitteilung vom selben Tag, dass die DMT GmbH & Co KG vom BfS den Auftrag bekommen habe, „eine Planung zur ‚Konkretisierung der Machbarkeitsstudie zum optimalen Vorgehen bei der Rückholung der LAW-Gebinde‘ zu erstellen“. Das Verfüllen des Hohlraums vor der Kammer 12 sei eine zentrale Voraussetzung für die Rückholung und würde diese nicht behindern. Die Umsetzung dieser Arbeiten sei durch die Fach- und Rechtsaufsicht eingefordert worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie das Verfüllen von Hohlräumen auf der 750m-Sohle?

2. Wie kontrolliert die Landesregierung, ob nicht weitergehende Maßnahmen zur Umsetzung des Verfüllkonzepts des ehemaligen Betreibers Helmholtz umgesetzt werden?
3. Hat die Landesregierung als Aufsicht, wie vom BfS geschildert, das Verfüllen von Hohlräumen, speziell des Hohlraums vor Kammer 12, vom BfS eingefordert?

37. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr, Hillgriet Eilers und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Wie begründet die Landesregierung ihre Ablehnung der Impfpflicht?

Der HAZ vom 15. Juli 2013 war zu entnehmen, dass es zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung zu einem „Streit um Impfpflicht bei Masern“ gekommen ist. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) macht sich für eine bundesweite Impfpflicht bei Masern stark, die niedersächsische Gesundheitsministerin Cornelia Rundt (SPD) hingegen betonte, dass sie nicht auf Impfpflicht, sondern auf Vernunft setze.

Damit widerspricht sie auch dem SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, der sich der Forderung nach einer Impfpflicht angeschlossen hat. „Der Nutzen der Impfung gegen Masern überwiege mögliche Risiken von Nebenwirkungen bei Weitem“, sagte Lauterbach der *Braunschweiger Zeitung*.

Ein weiterer prominenter Befürworter der Impfpflicht ist der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Wolfram Hartmann.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Nutzen einer Impfung im Vergleich zu den Risiken?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr einer Masernerkrankung für Individuen bzw. die Gefahr einer Masernepidemie für alle Bewohner Niedersachsens ein?
3. Wie begründet sie die Ablehnung der Impfpflicht?

38. Abgeordnete Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Nachfrage Umstrukturierungen beim LAVES

In der Antwort auf die schriftliche Anfrage „Umstrukturierungen beim LAVES“ der Abgeordneten Hermann Grupe und Dr. Stefan Birkner (FDP) antwortete das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf die Frage nach der genauen Zahl der zusätzlichen Stellen beim LAVES in seiner Antwort vom 11. Juli 2013: „Der Umfang der Stellen, die im Rahmen einer ersten Stufe zur Stärkung des LAVES geschaffen werden sollen, wird derzeit im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren verhandelt.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Mitarbeiterstellen werden genau eingerichtet?
2. Weshalb war es der Landesregierung nicht möglich, in der Antwort vom 11. Juli 2013 die Beschlüsse der Haushaltsklausur vom 3. Juli 2013 wiederzugeben?
3. Inwieweit ist die Landesregierung der Auffassung, dass die in den vergangenen Monaten aufgedeckten Unregelmäßigkeiten im Agrarbereich durch Eigenkontrollen der Unternehmen entdeckt wurden?

39. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Almuth von Below-Neufeldt und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Nachfragen zu Transporten von MOX-Brennelementen durch Niedersachsen

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Transporte von MOX-Brennelementen durch Niedersachsen“ des Abgeordneten Dr. Gero Hocker (FDP) warf weitere Fragen zu den MOX-Transporten durch Niedersachsen auf.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Widerspruch, dass das Ministerium in der Antwort auf die schriftliche Anfrage das Bundesamt für Strahlenschutz als zuständige Behörde für die „allgemeine Sicherheit“ ansieht, während Minister Wenzel am 20. September 2012 in einer Pressemitteilung sagte, dass „eindeutig das Land Niedersachsen für die Gewährleistung der Transportsicherung zuständig sei“?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage in der Antwort auf die schriftliche Anfrage, dass „keine Sonderpläne für MOX-Transporte entwickelt“ wurden und „Sonderpläne nicht erforderlich sind“, obwohl Minister Wenzel am 20. September 2012 in einer Pressemitteilung die damalige Landesregierung aufforderte, „die Transporte wegen mangelhafter Katastrophenpläne sofort auszusetzen“?
 3. Warum konnte die Landesregierung in der Antwort auf die schriftliche Anfrage auf die Frage nach Vor- und Nachteilen einer öffentlichen Bekanntmachung der Transportroute keine Vorteile benennen?
40. Abgeordnete Dr. Gero Hocker und Hillgriet Eilers (FDP)

Förderung der Naherholung in Niedersachsen

Die Förderung der Naherholung ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen formuliert zu diesem Thema: Besondere Potenziale sieht die rot-grüne Koalition bei den Urlaubsthemen Gesundheit und Erholung sowie Fahrrad-, Wander- und Wassertourismus. Dabei unterstützt sie auch den sanften Tourismus auf Flüssen, Kanälen und Seen in Niedersachsen. (...) Raumnutzungskonflikte zwischen Tourismus, anderen Ansprüchen und Naturschutz müssen gelöst werden und mit den Schutzzwecken und -zielen des Naturschutzes vereinbar sein.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches Konzept verfolgt die Landesregierung bei der Aufwertung von Naherholungsgebieten, insbesondere der niedersächsischen Binnengewässer?
 2. Welche Unterstützung bietet das Land niedersächsischen Kommunen an, die ihre Binnengewässer aufwerten wollen?
 3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Gemeinde Oyten (Landkreis Verden) bei dem Ausbau der touristischen Nutzung und der Aufwertung des Oyter Sees als Naherholungsgebiet zu unterstützen?
41. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Verwaltungsstellen bei der Polizei

Seit längerem gibt es in der niedersächsischen Polizei Probleme bei der Besetzung von Verwaltungsstellen, regelmäßig wandern Mitarbeiter zu anderen Behörden oder Dienststellen ab. Auf Dauer schwächt das Fehlen von Verwaltungsmitarbeitern die Arbeit der Polizei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Mitglieder der allgemeinen Verwaltung bei der Polizei haben in den vergangenen Jahren den Polizeidienst verlassen?

2. Wie viele Stellen in der Polizeiverwaltung sind durch Vollzugsbeamte besetzt?
3. Wie plant die Landesregierung, die zukünftig freigewordenen Stellen bei der Polizeiverwaltung mit Verwaltungsbediensteten zu besetzen?

42. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Kaukasus-Emirat in Niedersachsen

In Niedersachsen bereitet der wachsende Zustrom gewaltbereiter Islamisten aus Tschetschenien nach Deutschland den Sicherheitsbehörden Sorgen. Bei einigen der Flüchtlinge aus der Kaukasusregion besteht der Verdacht, dass sie mit dem Terrornetzwerk „Kaukasus-Emirat“ in Verbindung stehen könnten. Die Organisation verfolgt separatistische Ziele in der russischen Kaukasusregion und soll sich hierzu terroristischer Mittel bedienen oder zumindest damit drohen (*HAZ*, Ausgabe vom 6. August 2013, und *DIE WELT*, Ausgabe vom 8. August 2013).

Beim Verfassungsschutz in Hannover sehe man laut Medienberichten eine „Zunahme des Extremismuspotenzials“ schon aufgrund der wachsenden Zahlen der Asylanträge aus der Kaukasusregion.

In Brandenburg und Thüringen treten tschetschenische Asylbewerber, die offensichtlich mit dem Terrornetzwerk „Kaukasus-Emirat“ sympathisieren, strafrechtlich in Erscheinung, indem sie andere Asylbewerber zu einem „islam-konformen Verhalten“ nötigen oder zu religionsmotivierten Straftaten aufrufen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Gefährdungspotenzial des Terrornetzwerkes „Kaukasus-Emirat“ in Niedersachsen, und wurden in Niedersachsen bereits Straftaten verübt, die diesem Terrornetzwerk zugeordnet werden können?
2. Wie viele Asylanträge von Flüchtlingen wurden in Niedersachsen in den Jahren 2012 und 2013 gestellt, bei den es offensichtlich ist, dass die Flüchtlinge aus der Tschetschenienregion stammen?
3. Wie viele der Antragsteller stehen mutmaßlich mit dem Terrornetzwerkes „Kaukasus-Emirat“ in Verbindung?

43. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Schule für den Verfassungsschutz

Die Schule für Verfassungsschutz (SfV) wurde im Jahre 1955 gegründet. Sie hat sich zu einer gemeinsamen Bildungseinrichtung der Verfassungsschutzbehörden im Bund und in den Ländern sowie des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) entwickelt. Basis hierfür ist das gemeinsame Schulabkommen aus dem Jahr 2000, das zwischen Bund und Ländern abgeschlossen wurde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil der niedersächsischen Auszubildenden in der gemeinsamen Ausbildungseinrichtung?
2. Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeiter des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, die die Ausbildung in der gemeinsamen Ausbildungseinrichtung durchlaufen haben?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der gemeinsamen Ausbildungseinrichtung?

44. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Gabriela König, Christian Dürr, Horst Kortlang und Hermann Grupe (FDP)

Katasterverwaltung

Der Landesbetrieb der Vermessungs- und Katasterverwaltung von Niedersachsen ist ein Geschäftsbereich des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen unter der Dienstaufsicht des Innenministers von Niedersachsen.

Der Landesbetrieb ist ein wichtiges Institut der öffentlichen Verwaltung, das effektiv und wirtschaftlich arbeiten soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Mitarbeiter gibt es in den einzelnen Orten (Haupt- und Nebenorten) der Katasterverwaltung?
 2. Welche Größe für eine Außenstelle der Katasterverwaltung sieht die Landesregierung als sinnvoll an?
 3. Plant die Landesregierung, Außenstellen zu schließen?
45. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode (FDP)

Lärmschutz an der A 1

Seit der Verkehrsfreigabe der BAB 1 zwischen dem Bremer Kreuz und dem Buchholzer Dreieck ist festzustellen, dass der Verkehr reibungslos läuft und die Unfallzahlen zurückgehen. Allerdings gibt es von Anwohnern der Autobahn, trotz Maßnahmen im Bereich des aktiven und passiven Lärmschutzes, verstärkt Kritik, dass die Autobahn lauter geworden sei. Hierbei wird insbesondere auch auf die Geräusche beim Überfahren der Markierungen hingewiesen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind weitere Maßnahmen im Bereich des aktiven oder passiven Lärmschutzes an der A 1 geplant?
 2. Sind die Markierungen mit Signalgeräuschen beim Überfahren im Bereich der Fahrbahnabgrenzung untereinander bzw. der Seitenmarkierungen (gestrichelte bzw. durchgezogene Linien) vorgeschrieben oder kann auf diese Lärmquelle verzichtet werden?
 3. Sind diese besonderen Markierungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Geräuschbelästigung und damit für die Berechnung der Maßnahmen des aktiven und passiven Lärmschutzes berücksichtigt worden?
46. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Jan-Christoph Oetjen und Christian Dürr (FDP)

Lockerung der Residenzpflicht

Asylbewerberinnen und Asylbewerber können sich seit dem 1. März 2012 in Niedersachsen frei bewegen. Die schwarz-gelbe Regierung stimmte damals einer entsprechenden Verordnung zu. Davor durften Asylsuchende, deren Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen war gemäß § 56 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), den Bezirk ihrer Ausländerbehörde nicht oder nur mit Erlaubnis verlassen.

Nachdem die FDP-Fraktion im Jahr 2011 die Lockerung der Residenzpflicht gefordert hat, haben im Frühjahr 2013 die Freie Hansestadt Bremen und das Land Niedersachsen von der Ermächtigung in § 58 Abs. 6 AsylVfG Gebrauch gemacht und Rechtsverordnungen erlassen, mit denen es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erlaubt wird, sich während ihrer Asylverfahren vorübergehend in dem Gebiet des jeweils anderen Landes aufzuhalten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bislang gemachten Erfahrungen mit der landesweit neu geregelten Residenzpflicht?
2. Welche Auswirkung hat die Lockerung auf Beschäftigungsverhältnisse von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, weitere Staatsverträge mit anderen Bundesländern bezüglich der Lockerung der Residenzpflicht zu schließen, oder kann eine bundesweite Freizügigkeit erreicht werden?

47. Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Erweiterung des Naturschutzgebietes am Steinhuder Meer (Teil 1)

Die Region Hannover beabsichtigt, die drei vorhandenen Naturschutzgebiete „Ostufer Steinhuder Meer“, „Wulveskuhlen“ und „Wunstorfer Moor“ (zusammen rund 970 ha) zusammenzufassen und auf der Land- und Seeseite auszuweiten. So soll am Ostufer des Steinhuder Meeres seeseitig ein Streifen von etwa 300 m Breite erstmalig in das neue Naturschutzgebiet aufgenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird sich nach Meinung der Landesregierung die Ausweitung des Naturschutzgebietes auf den Tourismus am Steinhuder Meer auswirken?
2. Welche Maßnahmen wurden getroffen, um Wassersportler und andere relevante Gruppen zu beteiligen?
3. Gibt es Widerstände gegen die Erweiterung, und wenn ja, durch wen und in welcher Form?

48. Abgeordnete Sylvia Bruns, Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Erweiterung des Naturschutzgebietes am Steinhuder Meer (Teil 2)

Die Region Hannover beabsichtigt, die drei vorhandenen Naturschutzgebiete „Ostufer Steinhuder Meer“, „Wulveskuhlen“ und „Wunstorfer Moor“ (zusammen rund 970 ha) zusammenzufassen und auf der Land- und Seeseite auszuweiten. So soll am Ostufer des Steinhuder Meeres seeseitig ein Streifen von etwa 300 m Breite erstmalig in das neue Naturschutzgebiet aufgenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche naturschutzfachlichen Ziele werden mit der Schutzgebietsausweisung verfolgt?
2. Sind die Grenzen des neuen geplanten Schutzgebietes deckungsgleich mit denen der gemeldeten Natura-2000-Flächen, zu deren Umsetzung das Schutzgebiet dient?
3. Wenn nein, wie rechtfertigt sich diese Abweichung naturschutzfachlich und rechtlich?

49. Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner und Dr. Gero Hocker (FDP)

Erweiterung des Naturschutzgebietes am Steinhuder Meer (Teil 3)

Die Region Hannover beabsichtigt, die drei vorhandenen Naturschutzgebiete „Ostufer Steinhuder Meer“, „Wulveskuhlen“ und „Wunstorfer Moor“ (zusammen rund 970 ha) zusammenzufassen und auf der Land- und Seeseite auszuweiten. So soll am Ostufer des Steinhuder Meeres seeseitig ein Streifen von etwa 300 m Breite erstmalig in das neue Naturschutzgebiet aufgenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Beeinträchtigungen haben die Nutzer des Steinhuder Meeres aufgrund der Schutzgebietsausweisung zu erwarten?
2. Inwieweit und in welcher Form werden etwaige Beeinträchtigungen für die Nutzer kompensiert?
3. Wie beurteilen die betroffenen Kommunen die geplante Schutzgebietsausweisung?

50. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Dr. Stefan Birkner und Dr. Gero Hocker (FDP)

Erweiterung des Naturschutzgebietes am Steinhuder Meer (Teil 4)

Die Region Hannover beabsichtigt, die drei vorhandenen Naturschutzgebiete „Ostufer Steinhuder Meer“, „Wulveskuhlen“ und „Wunstorfer Moor“ (zusammen rund 970 ha) zusammenzufassen und auf der Land- und Seeseite auszuweiten. So soll am Ostufer des Steinhuder Meeres seeseitig ein Streifen von etwa 300 m Breite erstmalig in das neue Naturschutzgebiet aufgenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Gibt es mildere Mittel als die Ausweisung eines Naturschutzgebietes, um die Schutzziele zu erreichen? Wenn ja, welche?
2. Gilt bei der Ausweisung der Grundsatz, dass der Schutz durch das mildeste mögliche Mittel erfolgen soll?
3. Wie sieht der konkrete Zeitplan für das Ausweisungsverfahren aus?

51. Abgeordneter Dr. Max Matthiesen (CDU)

Welche Fördermöglichkeiten bestehen für den Austausch von Bleileitungen in Gebäuden?

Ab dem 1. Dezember 2013 gilt ein verschärfter Grenzwert von 0,01 Milligramm Blei je Liter Trinkwasser. Verursacht wird eine Bleibelastung, wenn Trinkwasser durch Bleileitungen fließt. Haus- und Wohnungseigentümer sind verpflichtet, für die Zuleitung von einwandfreiem Trinkwasser zu sorgen. Nach Schätzungen des Landesgesundheitsamts (LGA) gibt es noch in 100 000 niedersächsischen Wohnungen Wasserleitungen aus Blei (vgl. *Neue Presse*, 30. Juli 2013). Dazu teilt die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt im *Bersenbrücker Kreisblatt* („Bleirohre für Trinkwasser bald tabu“, 30. Juli 2013) mit, dass der Austausch der für die Belastungen ursächlichen Bleileitungen über Bau- und energetische Modernisierungsprogramme von der NBank in Niedersachsen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert werden kann.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit der Austausch von Bleileitungen gefördert werden kann?
2. In welcher Form wird der Austausch von Bleileitungen gefördert?
3. In welcher Höhe wird der Austausch von Bleileitungen gefördert?

52. Abgeordnete Bernd-Carsten Hiebing und Karsten Heineking (CDU)

Sollen VW-Fahrzeuge über den JadeWeserPort exportiert werden?

Am Sonnabend, dem 8. Juni 2013, hat die Hase Lederfabrik in Jever ihr 75-jähriges Jubiläum im Beisein des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies gefeiert. Nach Informationen aus Teilnehmerkreisen hat Wirtschaftsminister Olaf Lies im Rahmen dieses Termins angekündigt, dass künftig VW-Fahrzeuge über den JadeWeserPort in Wilhelmshaven exportiert werden könnten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass Wirtschaftsminister Olaf Lies am 8. Juni 2013 eine entsprechende Aussage getroffen hat?
2. Wenn ja, mit welchen Maßnahmen wird der JadeWeserPort für die Verladung und Verschiffung von Automobilen ertüchtigt?
3. Wenn ja, wird der Volkswagenkonzern nach Kenntnissen der Landesregierung im Gegenzug Verladekapazitäten aus anderen Seehäfen abziehen?